

GEMEINDE SCHWIEBERDINGEN

Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates am 18.10.2023

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitz

Herr Manfred Müller

Gemeinderäte

Herr Panagiotis Athanassiadis

Herr Timo Balle

Frau Monika Birkhold

Herr Heinz Dillmann

Herr Lutz Enzensperger

Herr Cord Erben

Frau Brigitte Heck

Herr Alexander Henke

Herr Markus Josenhans

Frau Monika Kleinau

Frau Monika Leder

Herr Sebastian Morschhäuser

Frau Michaela Reinold

Herr Dieter Rommel

Herr Mark Schachermeier

Frau Anita Sippel

Herr Rainer Widmann

Schriftführung

Herr Florian Bausch

Verwaltung

Herr Pablo Burkhardt

Frau Marleen Götz

Frau Carmen Hirsch

weitere Anwesende

Herr Knut Brenner

Abwesend:

Gemeinderäte

Frau Iris Pohl-Mattern

Die Niederschrift umfasst die § 94 – 101

.....
Erster Beigeordneter

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

.....
Gemeinderat

INHALTSVERZEICHNIS

- § 94 Bürgerfragestunde**
- § 95 Windkraft**
- § 96 Sachstand und weiteres Vorgehen Gewerbegebietserweiterung**
- § 97 Sachstandsbericht Bibliothek**
- § 98 Ersatzbeschaffung Piaggio Porter-Müllfahrzeug Bauhof**
- § 99 Annahme von Spenden**
- § 100 Anfragen**
 - a) Klimaschutzkonzeption**
- § 101 Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen**
 - a) Flüchtlingssituation – aktuelle Zahlen**

Bürgerfragestunde

Es gibt keine Anfragen aus der Bürgerschaft.

Windkraft

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/381, auf die Bezug genommen wird.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Herrn Kiwitt von der Region Stuttgart sowie die Herren Stock und Schneider von wpd und von der Fa. Bosch.

Herr Burkhardt stellt die Vorlage vor und führt in das Thema ein.

Anschließend teilt Herr Schneider mit, dass seitens der Fa. Bosch in dem ausgewiesenen Gebiet 2 Windkraftanlagen in Zusammenarbeit mit wpd erstellt werden sollen. Der produzierte Strom soll zu 100% in den Bosch-Standort fließen und dort genutzt werden. Damit erreiche man einen größeren Anteil an grünem, erneuerbarem Strom für den Standort und sichere damit die Zukunftsfähigkeit des Standorts in Schwieberdingen.

Auch Herr Stock stellt dann ergänzend das Projekt aus Sicht von wpd vor.

Anschließend fasst der Vorsitzende den Sachvortrag zusammen und geht auch aus Sicht der Gemeinde auf die finanziellen Rahmenbedingungen und die Grundstücksverhältnisse ein. Er erinnert auch an die damalige Ausweisung der Potenzialfläche mit den damaligen Rahmenbedingungen.

Danach stellt Herr Kiwitt die Thematik aus Sicht der Region Stuttgart anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende macht anschließend Ausführungen zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die Stellungnahme der Gemeinde soll in jedem Fall mit dem Gemeinderat abgestimmt werden. Weiter verweist er auf die zurückliegende Informationsveranstaltung. Er gibt zu bedenken, dass man bei diesem Thema lediglich über die eigenen Flächen entscheiden könne. Die Mitwirkungsmöglichkeit des Gemeinderats sei durch den Gesetzgeber der Zielsetzung des Klimaschutzes deutlich untergeordnet worden sein.

GR Morschhäuser gibt folgende Erklärung für die CDU-Fraktion ab:

„Wir sprechen uns in der Klimapolitik für einen Wechsel zu erneuerbaren Energieformen aus, und wir sind generell nicht gegen die Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung. Eingebettet in ein vernünftiges Konzept helfen uns alle erneuerbaren Energien bei der Zukunftssicherung aus Sicht des Umweltschutzes aber auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

In langen und intensiven Diskussionen innerhalb der Fraktion und mit der Bevölkerung sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass die Bosch-Windräder in der geplanten Art und Weise in einem von der Windhöflichkeit her schwachen Gebiet derzeit keine Zustimmung erhalten dürfen. Daher würden wir auch gegen den Beschlußvorschlag stimmen.

Wir sprechen uns dafür aus, den Planungsprozeß der Region zum Ausweis von 1,8% der Regionsfläche für Windkraft in seiner Abfolge mit zu begleiten und erst anschließend die weiteren Schritte für den Bau von Windrädern einzuleiten.

Zwar haben wir eine schon ausgewiesene Fläche im Gewinn Ried für Windräder im Regionalplan, übrigens als einzige Gemeinde im Kreis, wir möchten aber dennoch abwarten welche weiteren Gebiete im Zug der Regionalplanung in unserer Umgebung vorgesehen werden. Erst dann ist u. a. abzu-sehen wie es mit einer „Umzingelung“ von Schwieberdingen aussieht. Auch die im Planungsprozeß vorgesehene Bürgerbeteiligung halten wir für einen wichtigen Aspekt der zu beachten ist, da wir ja alle in irgendeiner Weise von den Windtürmen betroffen sein werden. Der Planungsprozeß der Region soll im Februar 2024 abgeschlossen sein, solange können wir durchaus noch warten.

Und dann sind wir auch mit dem interkommunalen Gewerbegebiet weiter und können die Energieversorgung für das neue Gewerbegebiet mit in die Überlegungen einbeziehen.

So wie wir es mit dem interkommunalen Gewerbegebiet vorhaben wäre es gut wenn es im Strohgäu auch einen interkommunalen Zusammenschluss zur Windkraft geben würde und daraus zusammen mit der Region eine ausgewogene Konzeption für das Strohgäu insgesamt entstehen würde. Daher würden wir es begrüßen wenn sich die Strohgäukommunen im Rahmen des von der Region vorgesehene Ablaufs zusammen tun.

Wir schlagen vor, den aktuellen Sachstand zur Kenntnis zu nehmen und mit weiteren Handlungen bis zum Frühjahr 2024 zu warten.“

GR Enzensperger widerspricht seinem Vorredner. Er unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung und führt aus, dass die Unternehmensziele der Fa. Bosch durchaus nachvollziehbar seien.

GR Henke beantragt, die Beschlussvorschläge getrennt abzustimmen.

Der Vorsitzende sagt dies so zu.

GR Birkhold führt aus, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen wird. Sie merkt zudem an, dass beim 1. Punkt der Vorlage die Begrifflichkeit „positiv“ gestrichen werden müsse.

GR Josenhans spricht sich für den Energiewandel aus und kritisiert die Produktpräsentation durch die Fa. Bosch und durch wpd. Er fragt nach, weshalb man in weniger besiedelten Gebieten nicht mehr Windkraftanlagen einplane.

Herr Kiwitt antwortet, dass man die Windräder deutlich wahrnehmen werde egal auf welcher Gemarkung diese letztendlich stehen werden. Es handele sich um sehr hohe Anlagen. Weiter führt Herr Kiwitt aus, dass der Landesgesetzgeber es so vorgeben habe, dass alle Regionen dieselbe Fläche für das Flächenziel von 1,8% bringen müssen.

Herr Burkhardt erklärt den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er spricht sich dafür aus, eine Richtung einzuschlagen und den heutigen Beschluss zu fassen, auch um nicht weiter Zeit zu verlieren.

Der Vorsitzende erläutert, dass man beim Verfahren mit am Tisch sitzen möchte und eine entsprechende Stellungnahme verfassen möchte, um sich als Gemeinde aktiv zu positionieren.

Der Vorsitzende erwidert auf die Äußerung von GR Josenhans, dass es heute kein Schaulaufen sei. Es gehe auch darum, die Interessen der Gemeinde bestmöglich zu begründen und im Rahmen der Stellungnahme zu kommunizieren.

Herr Stock antwortet, dass man die bestmögliche Visualisierung angeboten habe. Es gebe aktuell wenige Prototypen, die man besichtigen könne.

GR Reinold stimmt GR Josenhans zu, dass der Gemeinderat nicht über die Grundsatzentscheidung mitentscheiden werde.

GR Balle spricht sich dafür aus, die Gemeinde rechtzeitig an den Verhandlungstisch zu bringen.

GR Henke stimmt GR Balle zu und regt an, den Beschlussvorschlag zu visualisieren.

GR Rommel merkt an, dass die CDU-Fraktion einen abgeänderten Beschlussvorschlag einbringt und begründet dies entsprechend. Auch er spricht sich für eine getrennte Abstimmung aus.

Herr Kiwitt erläutert, dass die aktuellen Planungen dann an die Kommunen weitergegeben werden, wenn sie von der Regionalversammlung freigegeben sind. Dies sei dann die belastbare Grundlage für die Stellungnahme der Gemeinde. Auch teilt er mit, dass die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land gemacht werden. Es gehe um den Infrastrukturausbau, Energiewende und Versorgungssicherheit. Auch spricht er die geplante Bürgerbeteiligung und die Zeitschiene an. Der Beteiligungszeitraum belaufe sich regulär auf 3 Monate und könne aufgrund des Zeitdrucks nicht verlängert werden.

GR Enzensperger macht einen Vorschlag zur Beschlussfassung.

GR Rommel führt aus, dass Verhandlungen nicht als zustimmend interpretiert werden dürfen. Dies sei ihm wichtig. Es gehe darum, den Beschlussvorschlag wortwörtlich zu betrachten und auf die Formulierung zu achten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Bei der Teilfortschreibung des Regionalplanes beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, eine Stellungnahme, unter Einhaltung der 800 m Abstandsflächen zur Wohnbebauung und 800 m zur L1140, bei der Beteiligung als Träger Öffentlicher Belange abzugeben. Die Stellungnahme wird zuvor mit dem Gemeinderat abgestimmt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung folgenden Beschluss:

2. Der Gemeinderat nimmt von den Planungen zur Errichtung von drei Windkraftanlagen im Gebiet 08 Ried östlich von Schwieberdingen Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, in entsprechende Verhandlungen bzgl. der Nutzungsvereinbarungen der gemeindeeigenen Grundstücke (Wege) einzusteigen. Die endgültige Entscheidung trifft der Gemeinderat.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung folgenden Beschluss:

3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, in entsprechende Verhandlungen bzgl. der Nutzungsvereinbarungen der gemeindeeigenen Grundstücke in der Suchraumkulisse westlich von Schwieberdingen, auf Hemminger Gemarkung, einzusteigen. Sofern Windkraftanlagen in der Suchraumkulisse auf Schwieberdinger Gemarkung errichtet werden sollen, sollte kritisch geprüft werden, dass entsprechende Abstandsflächen (800m) zur L1140 eingehalten werden, damit die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Schwieberdingen nicht eingeschränkt werden. Die endgültige Entscheidung trifft der Gemeinderat.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

4. Der Gemeinderat unterstützt die Initiative eines Bürgerwindrades in Schwieberdingen. Über eine mögliche finanzielle Beteiligung wird zu einem späteren Zeitpunkt vom Gemeinderat entschieden.

Sachstand und weiteres Vorgehen Gewerbegebietserweiterung

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/417, auf die Bezug genommen wird.
Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor.

Am 22. Juli 2015 beschloss der Verband Region Stuttgart die Änderung des Regionalplans 2009 für die Region Stuttgart. Die Änderung betraf die Festlegung von regionalen Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen im Korridor der Bundesautobahn A 81 vom Engelbergtunnel bis zur nördlichen Regionsgrenze. In diesem Zusammenhang wurde ein regionaler Gewerbeschwerpunkt auch auf der Gemarkung der Gemeinde Schwieberdingen festgelegt. Der Gewerbeschwerpunkt liegt zwischen dem Hochbehälter Laib und der Schnellbahntrasse Stuttgart-Mannheim, d. h. an der nordöstlichen Gemeindegrenze Schwieberdingens, oberhalb des Bosch-Areals; im Osten wird das Gelände durch die L 1141 begrenzt. Es grenzt an die Erweiterungsfläche „Kommunales Gewerbegebiet“ im Westen sowie an die Erweiterungsfläche „Bosch“ im Süden an. Die Bürgerschaft hat sich in einem Bürgerentscheid für die Entwicklung dieser Gewerbeflächen ausgesprochen. Die Grundstücke sowohl im Gebiet des Regionalen Gewerbeschwerpunktes als auch in den schon heute im Flächennutzungsplan enthaltenen kommunalen Erweiterungsflächen sind im Streubesitz einer Vielzahl von Eigentümern und Eigentümergemeinschaften.

Mit der Gewerbegebietsentwicklung sollen einerseits die bereits im Flächennutzungsplan enthalten Gebiete hinsichtlich der Erweiterungsfläche „Bosch“ als auch des „Kommunalen Gewerbegebietes“ für das örtliche Gewerbe entwickelt werden. Diesen beiden Flächen hat der Gemeinderat schon im bisher gültigen Flächennutzungsplan verankert; die Fläche entspricht in etwa der Hälfte des insgesamt zu entwickelnden Gebietes. Die Verwirklichung dieser Eigenentwicklungsflächen ist für unsere Gemeinde von zentraler Bedeutung, da die Gemeinde derzeit über keine Gewerbebauplätze verfügt, die örtlichen Gewerbetreibenden zur weiteren Entwicklung angeboten werden können. Zum anderen geht es um die Entwicklung des Regionalen Gewerbeschwerpunktes; der in etwa die andere Hälfte der heutigen landwirtschaftlich genutzten Flächen umfasst. Dieser Teil muss nach den Vorgaben der Region mit kommunalen Partnern umgesetzt werden.

Die Gemeinden Schwieberdingen, Hemmingen, Markgröningen und die Stadt Ditzingen haben bereits im Mai 2022 eine Vereinbarung im Hinblick auf die künftige, gemeinsame Entwicklung und Vermarktung des Gewerbeschwerpunktes getroffen. Die Partnergemeinden wollen nun in die gemeinsame Realisierung einsteigen. Für Schwieberdingen ist die Realisation weiterer Gewerbefläche in vielfältiger Weise von zentraler Bedeutung:

- Die Entwicklung der Gewerbesteuer hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Gemeinde diesbezüglich ein Einnahmenproblem im Vergleich zu anderen Kommunen mit weit unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen hat. Dies zeigt schon das Ranking der 39 Kreiskommunen; war Schwieberdingen hier im kommunalen Vergleich früher bei den steuerstärksten Kommunen, bewegen wir uns nun im hinteren Drittel bei den steuerschwachen Kommunen.
- Schwieberdingen hat ein ambitioniertes und vielfältiges Aufgaben- und Ausgabenprogramm. Die Realisation der Projekte wird auch von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängen. Dies gilt nicht nur für den Bau, sondern auch für den nachfolgenden laufenden Unterhalt.
- Schwieberdingen benötigt für die sogenannte Eigenentwicklung dringend Gewerbeflächen, um dem örtlichen Bedarf gerecht zu werden.
- Schwieberdingen braucht und will den Stadtbahnanschluss. Neben den dafür benötigten Fahrgastzahlen bietet sich hier die Möglichkeit, bestehende und neue Arbeitsplätze zeitgemäß an das Schienennetz anzubinden.

Zur Verwirklichung der Zielsetzungen fanden eine Vielzahl von Gesprächen mit allen Beteiligten statt. Die Abfrage unter den Eigentümern hat im Ergebnis eine Bereitschaft von rd. 90 % der im Gebiet beteiligten Grundstückseigentümern zum Verkauf ihrer Grundstücksflächen ergeben; dies entspricht einem Flächenanteil von ebenfalls rd. 90 % der Gesamtfläche. Insgesamt konnte mit dem finalen Kaufangebot für eine Gewerbegebietsentwicklung mit der entsprechenden Größe und Komplexität in der Eigentümerstruktur ein hervorragendes Ergebnis erzielt werden.

Die Rückmeldungen der Eigentümer machen deutlich, dass die beiden Erweiterungsflächen der Gemeinde gemeinsam mit dem Regionalen Gewerbeschwerpunkt entwickelt werden müssen.

Im November wird dazu in allen am Projekt beteiligten Kommunen die Beschlussfassung über die Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes in die Gremien eingebracht. Über diesen Zweckverband soll dann der Ankauf der Grundstücke, die Überplanung des Gebietes und auch die Vermarktung erfolgen. Zugleich wird den Gemeinderatsgremien auch die Beschlussfassung über die weiteren Verfahrensschritte, wie vor allem Einrichtung einer Projektsteuerung und die Vorbereitung der Vergabe der erforderlichen Gutachten vorgeschlagen. Die Finanzierung des Projektes soll über den Zweckverband erfolgen. Nach Schaffung dieser Voraussetzungen soll dann zeitnah der Abschluss der notariellen Kaufverträge mit den Eigentümern erfolgen.

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand und das weitere Verfahren zur Kenntnis.

Sachstandsbericht Bibliothek

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende die Bibliotheksleitung Frau Fogt, die dem Gremium anschließend den Sachstandsbericht Bibliothek vorstellt, der diesem Protokoll als Anlage beiliegt. In ihrem Vortrag geht Frau Fogt auf die großen Ziele für die Bibliothek sowie Ausleihzahlen und die Benutzergruppen ein. Auch beschreibt sie die aktuellen Kooperationen und Veranstaltungen in der Bibliothek.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende die Bibliotheksleitung Frau Fogt, die dem Gremium anschließend den Sachstandsbericht Bibliothek vorstellte. In ihrem Vortrag ging Frau Fogt auf die großen Ziele für die Bibliothek sowie Ausleihzahlen und die Benutzergruppen ein. Auch beschrieb sie die aktuellen Kooperationen und Veranstaltungen in der Bibliothek.

In ihrem Vortrag geht Frau Fogt auf drei Ziele für die Bibliothek ein: die Bereitstellung eines aktuellen Medienangebotes; die Förderung der Lesemotivation bei Kindern durch ein attraktives Buchangebot, vielerlei Veranstaltungen und eine intensive Kooperation mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen und drittens die Ausrichtung der Bibliothek als zentraler Treffpunkt in der Ortsmitte mit guter Aufenthaltsqualität.

Frau Fogt geht auf die Mediennutzung sowie die Statistik der Entleihungen ein. Der Bestand vor Ort umfasst 18.310 Medien. Die Ausleihzahlen zeigen eine stabile Tendenz bei den Printmedien, wobei die Ausleihe von Kinderliteratur ungefähr gleichgeblieben ist, bei Romanen, Sachbüchern und Zeitschriften aber ein Rückgang zu verzeichnen ist. Eine größere Abnahme ist bei der Non-Book-Ausleihe zu verzeichnen. Hörbücher, Musik-CDs und Filme finden nicht mehr so viele Interessenten wie früher, weil sich Streaming-Dienste mit ihrem Angebot etabliert haben. Dahingegen steigt die Nutzung der Onleihe und digitaler Medien wie z.B. Tonies stark an. Dieser Trend wird sich nicht umkehren lassen, in der Konsequenz bedeutet dies die Reduzierung der klassischen Non-Book-Medien in unserem Bestand. Was die Gesamtausleihe angeht, werden wir in 2023 wieder einen ähnlichen Wert wie 2022 erreichen. In Folge der veränderten Nachfrage soll das Angebot an digitalen Medien zur Ausleihe und zur Nutzung in der Bibliothek erweitert werden. Dazu gehören zum Beispiel die Lernapp Edurino, oder der Bodenroboter Beebot und weitere digitale Medien. Geplant ist ein Beitritt zu den landesweiten Verbänden von Filmfreund und Overdrive.

Auch macht Frau Fogt Ausführungen hinsichtlich der Kooperation mit Kitas und Schulen. Es ist sehr erfreulich, dass die Kooperation mit Kitas und Schule noch einmal einen Sprung nach vorne gemacht hat. Lehrerinnen und Lehrer der Hermann-Butzer-Schule nutzen vermehrt die Möglichkeit zum Besuch der Bibliothek und damit verbunden zur Klassenausleihe. Allein sechs Schulklassen sind regelmäßig alle vier Wochen zu Besuch in der Bibliothek gewesen, um Bücher auszuleihen. Die größere Vertrautheit der Schüler mit der Bibliothek und ihrem Angebot spiegelt sich z.B. in den Teilnehmerzahlen für unsere Sommerferienaktion „Heiß auf Lesen“. Mit 94 Teilnehmer lagen wir in gegenüber Kommunen mit vergleichbaren Einwohnerzahlen in der Spitzengruppe.

Eine umfangreiche Auswertung der Besucher- und Nutzerzahlen von 01.06.22 – 31.05.23 ergab, dass die Öffnungszeit zwischen 18:00 Uhr und 18:30 Uhr eher schwach genutzt wird, aber oftmals gleich um 14:30 Uhr Leute vor der Tür stehen und warten, dass wir öffnen. Daraufhin wurde die Entscheidung getroffen, dass die Öffnungszeit eine halbe Stunde vorverlegt wird. Diese Regelung gilt seit 01.08. und es ist noch zu früh für eine Beurteilung dieser Änderung.

Als richtige Entscheidung erweist sich die Aufstellung einer Box zur Medienrückgabe im Außenbereich. Von Anfang Januar bis Ende September wurden auf diesem Wege 3.220 Medien außerhalb der Öffnungszeiten zurückgegeben. Auch dieser Service verändert die Besuchsgewohnheiten in der Bibliothek.

Der Vorsitzende bedankt sich anschließend bei Frau Fogt und ihrem Team für den Sachstandsbericht und die geleistete Arbeit. Die Bibliothek werde sich auch in der Zukunft weiterentwickeln und sich an die zukünftigen Herausforderungen und Anforderungen anpassen.

GR Reinold spricht im Namen der ABG-Fraktion ihren Dank an Frau Fogt aus.

Auch GR Morschhäuser schließt sich dem Dank an.

Ersatzbeschaffung Piaggio Porter-Müllfahrzeug Bauhof

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/390, auf die Bezug genommen wird.
Herr Burkhardt stellt die Vorlage vor.

GR Dillmann möchte wissen, ob der Akku gekauft oder geleast wird.

Herr Burkhardt geht von einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren aus. Der Akku soll gekauft werden.

GR Athanassiadis fragt nach einer Lademöglichkeit am Bauhof.

Herr Burkhardt antwortet, dass man das Fahrzeug laden könne. Inwieweit eine Wallbox angeschafft werde, wird sich zeigen.

Der Vorsitzende weist auf die Vorbildfunktion einer Kommune hin. Hinsichtlich der Nutzungsdauer bei Elektrofahrzeuge benötige man noch Erfahrungswerte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltung folgenden Beschluss:

Dem Kauf des Fahrzeugs Alkè ATX 340E 2M Pritsche als Ersatzfahrzeug für den Piaggio Porter als Müllfahrzeug des Bauhofes wird zugestimmt.

Annahme von Spenden

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/418, auf die Bezug genommen wird.
Herr Pfisterer stellt die Vorlage vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO zu.

Anfragen

a) Klimaschutzkonzeption

GR Dr. Leder fragt nach dem aktuellen Stand hinsichtlich der Klimaschutzkonzeption.

Der Vorsitzende antwortet, dass der Förderbescheid immer noch nicht vorliegt. Es gebe nun die Anfrage hinsichtlich einer Freigabe zum Beginn mit weitergehenden Maßnahmen im Bereich Klimaschutzkonzeption.

Bekanntgaben und Beantwortung von Fragen

a) Flüchtlingssituation – aktuelle Zahlen

Frau Hirsch stellt die aktuellen Zahlen hinsichtlich der Belegung mit geflüchteten Personen vor. Die Zahlen sind nachfolgend aufgeführt:

Unterkunft	Platzzahl			
	Gesamt	Belegt	nicht belegbar	belegbar
Zeitstrahl				Jun 23
Gebäude der Gemeinde				
Lüssenweg 3	104	71	8	25
Stiegelstraße 53/55	72	38	26	8
Felsenbergweg 4	14	11	1	2
Holdergasse 26	10	8	2	0
Herrenwiesenweg 28	20	19	1	0
Hohlgraben 13	6	0		6
angemietet				
Görlitzer Straße	20	10	3	7
Holdergasse	5	5	0	0
Summen	251	162	41	48

Frau Hirsch teilt ergänzend mit, dass derzeit rund 70 Ukrainer/innen in Schwieberdingen privat untergebracht seien. Die Dauer der Mietverträge seien der Verwaltung nicht bekannt. Dadurch könnten weitere Belegungszahlen bei der Gemeinde entstehen.

Der Vorsitzende fasst den Sachvortrag anschließend zusammen und führt aus, dass die Aufnahme und Integration von geflüchteten Personen nur als gesamtgesellschaftliche Zusammenarbeit gelingen kann. Hier gebe es für die Kommunen etliche Herausforderungen jenseits der Finanzierbarkeit.

Ende der öffentlichen Sitzung um 21:05 Uhr.